

**SPD**

**DIE SPD REGIERT. DAS LAND KOMMT VORAN.**



## **DAS HABEN WIR BEREITS AUF DEN WEG GEBRACHT:**

- ✓ Gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 €
- ✓ Gute Tariflöhne für mehr Beschäftigte
- ✓ Abschlagsfreie Rente mit 63 nach 45 Beitragsjahren
- ✓ Sichere und bezahlbare Energie
- ✓ Mehr Zeit für Familien
- ✓ Mehr Gleichstellung: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, Frauenquote
- ✓ Mietpreisbremse
- ✓ Doppelte Staatsbürgerschaft erleichtert
- ✓ Mehr Transparenz bei Rüstungsexporten

## **VORWORT**


Liebe Bürgerinnen und Bürger,

die SPD ist wieder Regierungspartei in Deutschland. Sie übernimmt Verantwortung und sorgt dafür, dass das Leben der Menschen besser wird. Sie ist der Motor in der Großen Koalition. Die SPD regiert. Das Land kommt voran. Es hat sich bereits gezeigt, dass es einen Unterschied macht, ob Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten regieren – oder nicht.

Der Weg dahin war anspruchsvoll. Wir haben lange, hart und intensiv mit der Union über einen Koalitionsvertrag verhandelt, ein Koalitionsvertrag, der eine klare sozialdemokratische Handschrift trägt und ein Koalitionsvertrag, mit dem wir Geschichte geschrieben haben: Erstmals wurde ein solcher Vertrag den Mitgliedern einer Partei zur Abstimmung vorgelegt.

Willy Brandt hat es einst auf den Punkt gebracht: „Ein besseres Land kommt nicht von allein.“ Er hat als Minister und später als Bundeskanzler die SPD zu einer Regierungspartei geformt, die anpackt und Verantwortung übernimmt für unser Land, die das Leben für die Menschen besser macht – Stück für Stück, oft mühsam und gegen Widerstände.

Wir gehen diesen Weg weiter. Der Anfang ist gemacht. Was die SPD bisher in der Bundesregierung erreicht hat, kann sich sehen lassen, auch wenn die Arbeit noch längst nicht getan ist. Aber alle können sehen: Die SPD setzt durch, was sie versprochen hat.



Sigmar Gabriel  
SPD-Parteivorsitzender

## DER MINDESTLOHN KOMMT

**Der Mindestlohn kommt. Denn Arbeit verdient Respekt, Anerkennung und einen ordentlichen Lohn. Ab dem 1. Januar 2015 wird in ganz Deutschland ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 € pro Stunde gelten. Zugleich können Tarifverträge leichter allgemein verbindlich werden. Tarifpartner können branchenspezifisch tarifliche Mindestlöhne auf der Grundlage des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes aushandeln und auf die gesamte Branche erstrecken. Das stärkt die Tarifautonomie.**

Die Höhe des Mindestlohns wird künftig in regelmäßigen Abständen von einer Kommission der Tarifpartner überprüft und angepasst – erstmals zum 1. Januar 2018. Die Mindestlohnkommission soll sich bei ihren Entscheidungen an der Entwicklung der Tariflöhne orientieren, um einen angemessenen Mindestschutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sicherzustellen.

### GERECHTER LOHN FÜR GUTE ARBEIT:

- fairer Wettbewerb statt Lohndumping
- Tariffucht wird gestoppt
- Stärkung der Kaufkraft und der Konjunktur



„Mindestens 8,50 € für mich und für alle Anderen – endlich!“

Sebastian Hübers

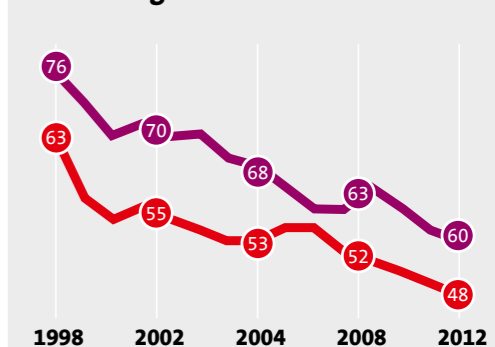
**Der Mindestlohn wird für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gelten. Er gilt auch für Mini-Jobs. Repräsentative Arbeitgeber und Gewerkschaften können tarifvertraglich Abweichungen bis Ende 2016 vereinbaren.**

Nicht unter den Anwendungsbereich des Mindestlohns fallen Ehrenamtliche, Pflicht- und kurzfristige Orientierungspraktika sowie Jugendliche unter 18 Jahren ohne Ausbildung. Und für Langzeitarbeitslose mit Vermittlungshemmnissen, deren Übergang in den ersten Arbeitsmarkt mit Zuschüssen gefördert wird (2013 waren das ca. 16.000 Personen), gilt der Mindestlohn erst nach sechs Monaten Beschäftigung.

#### → Arbeitnehmer-Entsendegesetz

Durch das Arbeitnehmer-Entsendegesetz können in bestimmten Branchen Mindeststandards festgelegt werden. Das Gesetz folgt grundsätzlich dem Arbeitsortprinzip, d.h. der Arbeitgeber ist verpflichtet, seinen Arbeitnehmern für die Zeit der Entsendung die am jeweiligen Arbeitsort in Deutschland maßgeblichen Arbeitsbedingungen zu gewähren. Das Arbeitnehmer-Entsendegesetz schützt somit vor allem gegen schlechtere Arbeitsbedingungen, die in anderen Ländern gelten. Mindeststandards können festgelegt werden für Lohn, Urlaubsanspruch, Arbeits- und Gesundheitsschutz und Bedingungen für die Überlassung von Arbeitskräften.

#### Tarifbindung 1998–2012 Beschäftigte in %



Quelle: IAB-Betriebspanel/WSI Tarifarchiv

Die Tarifbindung geht dramatisch zurück. Nur noch 58 Prozent der Beschäftigten arbeiten in einem tarifgebundenen Betrieb, in den 90er-Jahren waren es noch 74 Prozent. Deswegen wollen wir Tarifverträge leichter allgemein verbindlich machen. Davon profitieren die Beschäftigten, die so besser bezahlt werden, und die ehrlichen Unternehmen, die sich an Tarifverträge halten. Sie können nicht durch schlechte Löhne unterboten werden.

**23 %**

der Beschäftigten in Deutschland arbeiten im Niedriglohnsektor.

**42 %**

der Beschäftigten sind ohne Tarifbindung.

**4 Mio.**

Menschen profitieren schon 2015 vom Mindestlohn.

#### FAKTEN ZUM MINDESTLOHN

- Mindestlohn 8,50€ ab 2015
- Übergangsfrist zur Stärkung der Tarifbindung
- Höhere Löhne für 4 Millionen Beschäftigte
- Gute Tariflöhne für mehr Menschen

#### → Tarifbindung

Ein Tarifvertrag kann für einen Betrieb und die dort Beschäftigten nur wirksam werden, wenn der Arbeitgeber Mitglied im Arbeitgeberverband und die Arbeitnehmer Mitglied einer Gewerkschaft sind – sonst haben die Beschäftigten keinen Anspruch auf Leistungen aus dem jeweiligen Tarifvertrag.

DIE SPD REGIERT. DAS LAND KOMMT VORAN.



# NICHT GESCHENKT, SONDERN VERDIENT

**Das neue Rentenpaket kommt. Es schafft Gerechtigkeit und sorgt für konkrete Verbesserungen. Die neue Rente ist nicht geschenkt, sondern verdient. Das Gesetz tritt bereits zum 1. Juli 2014 in Kraft.**

Mit dem neuen Rentenpaket ist es allen, die 45 Jahre Beiträge gezahlt haben, möglich, zwei Jahre früher abschlagsfrei in Rente zu gehen. Wer also die Voraussetzungen erfüllt, kann ab dem 1. Juli 2014 mit 63 Jahren abschlagsfrei in Rente gehen. Allerdings endet das Arbeitsverhältnis nicht automatisch mit der Beantragung der Rente ab 63. Das Arbeitsverhältnis muss durch Kündigung oder Aufhebungsvertrag beendet werden.

Die Mütterrente kommt. Für alle vor 1992 geborenen Kinder wird die Anrechnung der Kindererziehungszeiten ausgeweitet. Durch die Mütterrente erhöht sich die Rente für alle Mütter und Väter pro Kind um einen Entgeltpunkt. Alle, die bereits Rente beziehen, erhalten diese Verbesserung ohne zusätzlichen Antrag.

## DIE NEUE RENTE:

- erkennt Lebensleistungen an – sie ist verdient und nicht geschenkt
- schließt Gerechtigkeitslücken



„Mein Vater hat 45 Jahre schwer geschuftet. Dass man in Zukunft zwei Jahre früher in Rente gehen kann, ist einfach verdient.“

Melanie Kühnemann

Das neue Rentenpaket beinhaltet aber noch mehr: Alle, die gesundheitsbedingt vorzeitig in Rente gehen müssen, erhalten mehr – die Erwerbsminderungsrente wird erhöht. Die Rentenansprüche steigen um 5 Prozent, weil nun angenommen wird, dass die Versicherten bis 62 Jahre gearbeitet hätten und nicht wie bisher bis zum Alter von 60. Außerdem werden bei der Berechnung die letzten vier Jahre nicht mit einbezogen, wenn das dem Versicherten zugutekommt. Darüber hinaus wird das Reha-Budget erhöht, damit mehr Geld für Rehaleistungen zur Verfügung steht.

**Als Zeiten in der Rentenversicherung, die auf die 45 Jahre angerechnet werden, zählen:**

- Pflichtbeiträge aus Beschäftigung
- Pflichtbeiträge aus selbstständiger Tätigkeit
- Zeiten der Pflege von Angehörigen
- Zeiten des Wehrdienstes und Zivildienstes
- Zeiten der Kindererziehung bis zum 10. Lebensjahr des Kindes
- Zeiten, in denen Arbeitslosengeld I bezogen wurde
- Zeiten beruflicher Weiterbildung
- Zeiten der Kurzarbeit
- Zeiten der Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers

**78 %**

Zustimmung zur abschlagsfreien Rente nach 45 Beitragsjahren

**5 % mehr**

bei künftigen Erwerbsminderungsrenten

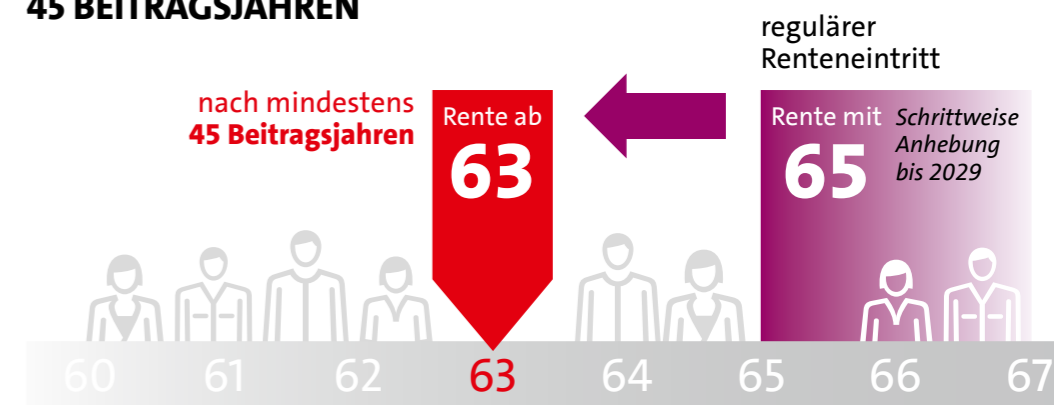
ca. **28 €**

monatlich mehr für jedes vor 1992 geborene Kind (Ost: ca. 26 €)

## FAKTEN ZUM RENTENPAKET

- Abschlagsfreie Rente ab 63 nach 45 Versicherungsjahren
- Mütterrente: Ausweitung der Kindererziehungszeiten
- Verbesserte Erwerbsminderungsrente
- Erhöhtes Reha-Budget

## RENTE AB 63 – ABSCHLAGSFREI NACH 45 BEITRAGSJAHREN



DIE SPD REGIERT. DAS LAND KOMMT VORAN.

# FÜR BEZAHLBARE, SICHERE UND SAUBERE ENERGIE

Deutschland braucht saubere, sichere und bezahlbare Energie. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), das Rot-Grün im Jahr 2000 verabschiedet hat, war ein außerordentlich erfolgreiches Instrument zur Förderung von Ökostrom.

Nach 14 Jahren EEG stammt heute ein Viertel des in Deutschland produzierten Stroms aus erneuerbaren Energiequellen. Ökostrom ist eine feste Säule unserer Energieversorgung geworden und wir werden den Anteil weiter steigern. Ziel der Reform ist es, den Ausbau des Ökostroms planbarer zu machen. Zum ersten Mal werden im Gesetz daher verbindliche Ausbaukorridore festgelegt. Ziel der Reform ist aber auch, einen weiteren Anstieg der Stromkosten für die Verbraucherinnen und Verbraucher und für Teile der Wirtschaft spürbar zu bremsen.

## DIE REFORM TRÄGT DAZU BEI:

- den Kostenanstieg zu bremsen
- die Kosten gerechter zu verteilen
- den Ausbau der erneuerbaren Energien wirkungsvoll zu steuern



„Für saubere und bezahlbare Energie macht die SPD weiter Druck. Das braucht die Energiewende!“

Dr. Rainer Krüger

Wenn die Energiewende zu einer Gefahr für Arbeitsplätze in Deutschland würde, wäre die Akzeptanz der gesamten Energiewende in Gefahr. Das neue EEG stellt deshalb sicher, dass stromintensive Unternehmen und mit ihnen Arbeitsplätze in Deutschland erhalten bleiben.

Unternehmen sollen auch künftig bei der EEG-Umlage entlastet werden, wenn sie im internationalen Wettbewerb stehen. Die Energiewende ist dann erfolgreich, wenn wir zeigen, dass eine saubere, sichere und bezahlbare Stromversorgung kein Widerspruch in sich ist, sondern eine machbare Zukunftsaufgabe.

## FAKTEN ZUM ERNEUERBARE-ENERGIEN-GESETZ (EEG)

- Bei der Wind- und Solarenergie wird der Neubau von Anlagen mit einer Leistung von jährlich 2,5 Gigawatt angestrebt. Das entspricht einer Leistung von fünf Atomkraftwerken und liegt unter dem Ausbauniveau der vergangenen zehn Jahre (mit Ausnahme 2013).
- Bei der Windenergie auf See sollen 15 Gigawatt bis 2030 installiert werden.
- Bei der Biomasse wird wegen der hohen Kosten ein jährlicher Zubau von ca. 100 Megawatt angestrebt.

25 %

Rekord: Im Jahr 2013 stieg der Anteil der erneuerbaren Energien am deutschen Stromverbrauch auf 25,4 %, das sind fast zwei Prozentpunkte mehr als 2012 (23,6 %).

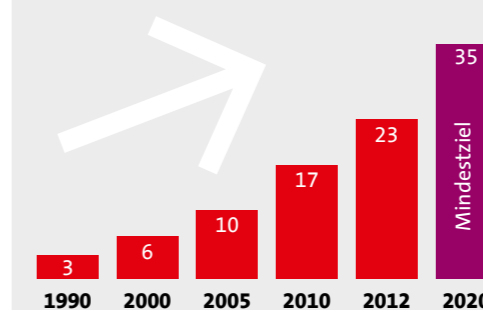
108 Mio.

Durch die Nutzung erneuerbarer Energien wurden im Jahr 2013 im Stromsektor rund 108 Millionen Tonnen Treibhausgas-Emissionen eingespart.

65 Länder

Die Energiewende ist zum Exportschlager geworden: Mindestens 65 Länder weltweit haben mittlerweile Fördersysteme nach dem Vorbild des EEG eingeführt.

## Entwicklung der Anteile erneuerbarer Energien am Bruttostromverbrauch in Deutschland in %



Quelle: AGEE-Stat, Dez. 2013

Die Energiewende ist der Weg in eine Zukunft ohne Atomenergie und sie macht unser Land unabhängiger von knapper werdenden fossilen Rohstoffen. Inzwischen haben wir rund 300.000 neue Arbeitsplätze im Bereich der erneuerbaren Energien geschaffen. Strom aus erneuerbaren Quellen ist schon heute so kostengünstig wie Strom aus neuen konventionellen Kraftwerken. Daher halten wir an dem Ziel fest, bis 2025 unseren Strom zu 40 bis 45 Prozent und bis 2035 zu 55 bis 60 Prozent aus erneuerbaren Energiequellen zu beziehen. Bis 2050 soll der Anteil auf 80 Prozent weiter wachsen.

DIE SPD REGIERT. DAS LAND KOMMT VORAN.



# MEHR ZEIT FÜR FAMILIEN – PARTNERSCHAFT LEBEN



„Wir teilen uns die häuslichen Pflichten und beruflichen Möglichkeiten partnerschaftlich auf. Die SPD versteht, was das heißt.“

Stefanie Piesendel und Veit Rieber

**In einer modernen Gesellschaft sind Frauen und Männer gleichberechtigt. Sie lebt von ihrer Vielfalt, dem Engagement und den Ideen aller Menschen. Bereits in den ersten Monaten haben wir einiges bewegt, um dies zu erreichen.**

Das ElterngeldPlus unterstützt diejenigen, die Familien- und Erwerbsarbeit untereinander partnerschaftlich aufteilen wollen. Mehr Gleichberechtigung von Frauen erreichen wir mit dem Gesetz zur Förderung von Frauen in Führungspositionen.

Diskriminierungen beseitigen wir, indem schwule und lesbische Paare genauso wie heterosexuelle Ehepaare ein Kind adoptieren können, das der Partner bereits adoptiert hat („Sukzessivadoption“).

## FAKTEN ZUM ELTERNELDPLUS

- Zwei Jahre Elternzeit sind auf später übertragbar.
- Teilzeitarbeitende Eltern können bis zu 28 Monate ElterngeldPlus beziehen.
- Paare, die jeweils 25 bis 30 Stunden arbeiten, erhalten zusätzlich vier ElterngeldPlus-Monate.
- ElterngeldPlus ist der erste Schritt auf dem Weg zu einer Familienarbeitszeit.

Die Gesellschaft hat sich verändert: Frauen sind heute besser ausgebildet denn je. Junge Frauen und Männer wollen Familie und Beruf miteinander vereinbaren. Familie ist heute mehr als Mutter, Vater, Kind. Noch hinken die gesetzlichen Bestimmungen der gesellschaftlichen Entwicklung hinterher. Das Gesetzesvorhaben für mehr Frauen in Führungspositionen, das ElterngeldPlus und die weitere Gleichstellung für lesbische und schwule Paare sind die richtigen Gesetze für unsere Zeit.

## KONKRET BEDEUTET DAS:

- ElterngeldPlus
- Quote für Führungspositionen
- Sukzessivadoption durch Lebenspartner\_in

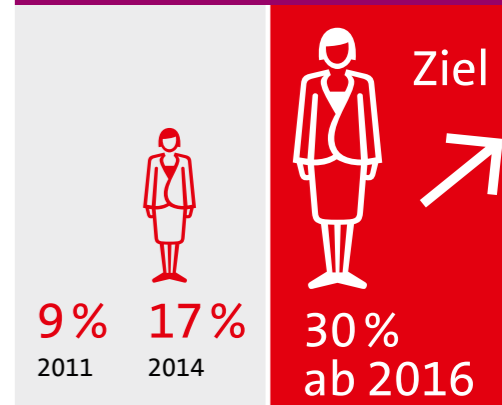
# 60%

der Paare mit kleinen Kindern wünschen sich eine partnerschaftliche Arbeitsteilung, aber nur 14% leben sie derzeit auch.

# 174

Frauen fehlen in den 108 börsennotierten Unternehmen, um die geforderte Mindestquote von 30% Frauen in Aufsichtsräten zu erfüllen.

## Frauen in den Aufsichtsräten börsennotierter Unternehmen



## Frauen in Führungspositionen

Der Frauenanteil in den Aufsichtsräten der börsennotierten Unternehmen lag Anfang 2014 bei rund 17 Prozent. Mit dem Gesetz zur Förderung von Frauen in Führungspositionen soll ab 2016 der Frauenanteil auf mindestens 30 Prozent gesteigert werden. Das Gesetz wird für Unternehmen gelten, die vollmitbestimmungspflichtig und börsennotiert sind. Nach Angaben des Familienministeriums sind dies etwa 108 Unternehmen. Feste Zielvorgaben verpflichten weitere 3.500 Unternehmen nicht hinter ihren jetzigen Stand zurückzufallen.

# DOPPELTE STAATSBÜRGERSCHAFT ERLEICHTERN

**Kinder ausländischer Eltern, die mit Geburt in Deutschland neben der deutschen auch die Staatsangehörigkeit ihrer Eltern bekommen haben, dürfen künftig beide Pässe behalten. Sie werden nicht mehr gezwungen, sich gegen die deutsche oder gegen die Staatsangehörigkeit ihrer Eltern zu entscheiden. Das betrifft heute schon rund 500.000 Kinder.**

Als hier aufgewachsen gilt,

- wer acht Jahre hier gelebt hat oder
- sechs Jahre hier eine Schule besucht hat oder
- wer in Deutschland eine Schule oder eine Berufsausbildung abgeschlossen hat.

Alle jungen Frauen und Männer, die diese Voraussetzungen erfüllen, sind und bleiben Deutsche. Ihre Mehrstaatlichkeit wird akzeptiert. Und für besonders gelagerte Fälle wird es eine gerechte Lösung geben können. Dafür sorgt die zusätzliche Härtefallklausel.

**KONKRET BEDEUTET DAS:**

- Mehrstaatlichkeit wird anerkannt und ist nicht länger die Ausnahme.
- Eine Härtefallklausel sorgt für Gerechtigkeit im Einzelfall.



„Ich bin Deutsche und Türkin. Das möchte ich auch bleiben!“

*Sevgi Emre, Jurastudentin*

Ohne viel Bürokratie soll geprüft werden, ob die Voraussetzungen für die doppelte Staatsbürgerschaft erfüllt sind. Falls kein Antrag der betroffenen Person vorliegt, prüft die Behörde nach dem 21. Geburtstag die Voraussetzungen von Amts wegen. Dazu werden die zur Verfügung stehenden Daten genutzt. In nahezu 90 Prozent der Fälle wird die Prüfung ohne Mithilfe durchführbar sein. Wenn die Behörden anhand ihrer Informationen nicht weiterkommen, werden die jungen Frauen und Männer aufgefordert, bei der Klärung mitzuhelfen.

→ **Optionspflicht**

bezeichnet die Pflicht von Personen, die im Besitz einer deutschen sowie einer ausländischen Staatsangehörigkeit sind, sich für eine der beiden entscheiden zu müssen.

**FAKTEN ZUR OPTIONSPFLICHT**

- Das neue Staatsangehörigkeitsrecht ist mit wenig Bürokratie verbunden.
- Die neue Regelung hilft über 500.000 Jugendlichen, die nicht mehr gezwungen werden, sich entscheiden zu müssen.
- Jedes Jahr werden von dieser Regelung 35.000 bis 40.000 Kinder profitieren.

**4,3 Mio.**

Personen haben neben der deutschen (mindestens) eine weitere Staatsangehörigkeit, davon 690.000 die polnische, 570.000 die russische und 530.000 die türkische Staatsangehörigkeit.

**4.700**

junge Erwachsene mussten 2013 das Optionsverfahren durchlaufen. Die Mehrheit von ihnen hat sich für den deutschen Pass entschieden. Die Zahl derer, die gezwungen werden, sich zu entscheiden, wächst Jahr für Jahr an. Bereits 2018 wären 41.257 junge Erwachsene betroffen.

**Im Inland geborene Kinder ausländischer Eltern mit deutscher Staatsangehörigkeit seit 2000**

Jahr	Anzahl
2000	41.257
2001	38.600
2002	37.568
2003	36.819
2004	36.863
2005	40.156
2006	39.089
2007	35.666
2008	30.336
2009	28.977
2010	29.492
2011	31.091
2012	34.286

**Summe 2000-2012** 460.200  
Übergangsregelung 40b (1990-1999) 49.228

**Summe Optionspflichtiger bis einschließlich 2012** 509.428

*Quelle: ius*

Zwischen dem Jahr 2000 und dem Jahr 2012 kamen in Deutschland rund 9 Millionen Kinder auf die Welt. 460.000 dieser Kinder erwarben die deutsche Staatsangehörigkeit, obwohl ihre Eltern Ausländer waren. Nach bisherigem Recht mussten diese Kinder sich spätestens mit Vollendung des 23. Lebensjahres für eine der beiden Staatsangehörigkeiten entscheiden haben, sonst verloren sie die deutsche Staatsangehörigkeit.

Von der Neuregelung sind auch Kinder ausländischer Eltern berührt, die zwischen 1990 und 2000 in Deutschland geboren wurden. Im Rahmen einer Übergangsregelung konnten sie auf Antrag die deutsche Staatsangehörigkeit nachträglich erwerben. Hiervon machten knapp 50.000 Kinder Gebrauch. Zusammengenommen gibt es in Deutschland damit rund eine halbe Million Optionskinder.

**DIE SPD REGIERT. DAS LAND KOMMT VORAN.**



## → MIETPREISBREMSE

# DIE MIETPREISBREMSE KOMMT – DAMIT WOHNEN NICHT ZUM LUXUS WIRD

Die Mietpreisbremse kommt. Denn auch in attraktiven Wohngebieten sollen sich alle die Mieten leisten können. Die Mietpreisbremse verhindert, dass eine Wiedervermietung in besonders begehrten Städten und Gemeinden dazu genutzt wird, die Miete außerordentlich zu erhöhen. Darüber hinaus wird geregelt, dass diejenigen den Makler bezahlen müssen, die ihn beauftragt haben. Es gilt das Prinzip: Wer bestellt, bezahlt.

### BEZAHLBARER WOHNRAUM FÜR ALLE:

- keine drastischen Preissprünge mehr bei der Wiedervermietung
- Wer bestellt, bezahlt: Den Makler bezahlt, wer ihn gerufen hat. Nebenabsprachen sind unwirksam.



„Ich möchte hier wohnen bleiben. Dank der Mietpreisbremse habe ich weniger Angst, verdrängt zu werden.“

Elke Polack-Buanga

Die Mietpreisbremse verhindert, dass das Wohnen für Normalverdiener in bestimmten Lagen unbezahlbar wird.

Wo die Mietpreisbremse gilt, legen die Bundesländer fest. Sie kennen den Wohnungsmarkt vor Ort besser. In diesen Gebieten kann bei Wiedervermietung einer Wohnung die neue Miete künftig höchstens 10 Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen. Die Mietpreisbremse gilt nicht bei Erstvermietung in Neubauten und auch dann nicht, wenn Wohnungen so umfassend modernisiert worden sind, dass sie faktisch einem Neubau gleichkommen.

### FAKTEN ZUR MIETPREISBREMSE

- Die neue Miete darf höchstens 10% über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen.
- Wo die Mietpreisbremse überall gilt, das regeln die Bundesländern über Rechtsverordnungen.

Jede

## 5. Person

in Deutschland fühlte sich nach eigener Einschätzung durch monatliche Wohnkosten wirtschaftlich stark belastet. Bei der von Armut betroffenen Bevölkerung sagt das sogar jede 3. Person.

## 60 %

des verfügbaren Haushaltsnettoeinkommens müssen Alleinlebende mit kleinen Einkommen für Wohnkosten aufwenden. Durchschnittlich lag der Anteil bei 28%.

## Um 25 %

stieg der Mietpreis in Hamburg in den letzten fünf Jahren an. Solche Entwicklungen beendet die Mietpreisbremse.

### Städte mit den höchsten Mietpreisen für Wohnungen in Deutschland im 4. Quartal 2013

(in Euro pro Quadratmeter)

München	14,00 €
Frankfurt am Main	11,98 €
Stuttgart	11,51 €
Hamburg	11,16 €
Freiburg im Breisgau	10,67 €
Wiesbaden	10,53 €
Düsseldorf	10,38 €
Berlin	10,33 €
Mainz	10,24 €
Darmstadt	10,15 €

Quelle: empirica/Statista 2014

In vielen Städten und Quartieren ist Wohnen unbezahlbar geworden. Mietpreissteigerungen von 20, 30 oder 40 Prozent verdrängten Menschen mit kleineren und normalen Einkommen aus ihren Wohngebieten. Bundesländer können seit 2013 schon für bestimmte Städte und Regionen beschließen, dass Mietsteigerungen von mehr als 15 Prozent innerhalb von drei Jahren nicht zulässig sind (sonst 20 Prozent in drei Jahren). Diese Maßnahme greift aber nur für bestehende Mietverhältnisse. Bei Neuvermietungen gab es bisher keine Möglichkeit, die Mietsteigerungen zu dämpfen. Die Mietpreisbremse schließt diese Lücke. Ab sofort können Bundesländer auch Gebiete ausweisen, in denen für Neuvermietungen eine Mietpreissteigerung von mehr als 10 Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete nicht zulässig ist.

DIE SPD REGIERT. DAS LAND KOMMT VORAN.



Herausgeber:  
SPD-Parteivorstand  
Wilhelmstraße 14  
10963 Berlin  
[www.spd.de](http://www.spd.de)

Vertrieb:  
SPD-Parteivorstand  
SPD-Shop  
Wilhelmstraße 14  
10963 Berlin  
[www.spd-shop.de](http://www.spd-shop.de)  
Bestellnummer 3000621

Fotos:  
Thomas Trutschel / Photothek

Druck:  
Druckhaus Schöneweide GmbH  
Ballinstraße 15  
12359 Berlin



Die SPD hat immer ein offenes Ohr für Ihre Anregungen und Meinungen. Zögern Sie nicht, auf uns zuzukommen.  
Wir freuen uns über Ihren Anruf: 030 25991-500, Montag bis Freitag von 9 – 18 Uhr, Samstag und Sonntag von 12 – 18 Uhr  
oder Ihre E-Mail: [parteiivorstand@spd.de](mailto:parteiivorstand@spd.de)